

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Wirtschaftspolitische Gedanken und Formen in Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1962) : Wirtschaftspolitische Gedanken und Formen in Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 5, pp. 215-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133214>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitische Gedanken und Formen in Frankreich

Alfred Frisch, Paris

Seit Kriegsende gibt es in Frankreich eine sehr lebhaft wirtschaftspolitische Diskussion mit Gedanken und Vorstellungen, die nicht selten neue Wege einschlagen und auch über die Grenzen des Landes hinaus befruchtend wirken. Meistens geht es um den Versuch, den Liberalismus den Erfordernissen der modernen Technik und auch den steigenden sozialen Verpflichtungen des Unternehmers sowie des Staates anzupassen.

Modernisierung und Marktwirtschaft

Frankreich sah sich außerdem der Notwendigkeit einer schnellen Modernisierung und Expansion seiner Wirtschaft gegenüber, wenn es nicht den endgültigen Anschluß an die moderne industrielle Entwicklung verlieren wollte. Seine Sachverständigen gingen ziemlich übereinstimmend von der richtigen oder überspitzten Überzeugung aus, daß das freie Spiel der Kräfte und auch die in Deutschland erfolgreich demonstrierte soziale Marktwirtschaft nicht mehr ausreichen, um das Frankreich von der Umwelt zu seiner Selbsterhaltung aufgezwungene Ziel zu erreichen. Es bedurfte ihrer Ansicht nach besonderer außerwirtschaftlicher Antriebskräfte und auch einer wirtschaftlichen Expansionsphilosophie, damit der Unternehmer über das reine Rentabilitätsdenken hinausgeht, Modernisierung und Expansion gewissermaßen in einen Selbstzweck verwandelt. Als Gegenleistung mußte ihm der Staat eine gewisse Risikodeckung geben und auch bereit sein, durch direkte Beteiligungen der in jeder Wirtschaft schließlich entscheidenden Rentabilität wieder zu ihren natürlichen Rechten zu verhelfen. Es entstand so die liberale Form der Planung, verbunden mit einer außergewöhnlich engen und vielfältigen Verflechtung zwischen staatlichen Betrieben und Privatwirtschaft. Frankreich gab sich ferner eine eigene sozialpolitische Linie, die, wenn man sich etwas oberflächlich ausdrücken darf, die Mitbestimmung durch Produktivitätsprämien ersetzte und das Schwergewicht der sozialen Beziehungen von den Gewerkschaften in den Betrieb verlagerte, d. h. mit verschiedenen Mitteln der Betriebsgemeinschaft, der organischen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit zustrebt.

All dies stellten die französischen Wirtschaftstheoretiker in jüngster Vergangenheit unter den Sammelbegriff der konzertierten Wirtschaft, die sich auf halbem Wege zwischen der staatlichen Interventionspolitik und dem Liberalismus befindet und sich auf das Be-

wußtsein von der gegenseitigen Abhängigkeit nicht nur der Sozialpartner, sondern auch der Wirtschaft und des Staates stützt. Diese verschiedenen Entwicklungstendenzen in Frankreich sind hinreichend bekannt und brauchen daher nicht näher erläutert zu werden. Die folgenden Ausführungen dienen daher Erwägungen, die neuerdings zur Ergänzung oder zur Abänderung der vorherrschenden Doktrin ins Gespräch gebracht werden. Sie möchten außerdem die Hintergründe der französischen Konjunktur mit ihren Schwierigkeiten und Zukunftsaussichten beleuchten.

Obligatorische Verpflichtung zum Plan?

Der IV. französische Modernisierungsplan, der praktisch am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, jedoch im günstigsten Falle vom Parlament erst gegen Ende des Frühjahrs ratifiziert werden wird, löste eine noch nicht beendete Diskussion über den Charakter der Planung aus. Bisher bestand ein französischer Wirtschaftsplan darin, daß das Planungsamt in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Industrie allgemeine Richtlinien für die Investitionen ausarbeitete und die Regierung ersuchte, deren Anwendung durch die Kredit- und Steuerpolitik entsprechend zu fördern. Die Verwirklichung des Planes wurde durch die auf allen Ebenen erzielte Übereinstimmung sichergestellt, so daß die festgesetzten Planungsziele automatisch von der Wirtschaft übernommen wurden und es kaum eines öffentlichen Druckes bedurfte, um dem Plan zum Erfolg zu verhelfen.

In der ersten Nachkriegszeit hatte allerdings die Regierung die Möglichkeit, der Wirtschaftsentwicklung verhältnismäßig stark ihren eigenen Stempel aufzudrücken. Das Schwergewicht lag bei den Grundindustrien, die entweder dem Staate gehören oder auf direkte Kredite angewiesen waren. Noch jetzt kann die Regierung z. B. die Preispolitik der Stahlindustrie in theoretischem Widerspruch zu den Bestimmungen der Montanunion durch Zinsbonifikationen sehr unmittelbar beeinflussen. Es gab außerdem lange ein verzweigtes System der direkten und indirekten Preiskontrolle sowie der Absatzlenkung, nicht nur durch Kredite, sondern auch durch die Umsatzsteuer, die bei den in Frankreich üblichen Sätzen von 20 bis 30% eine erhebliche Rolle spielt.

Inzwischen trat jedoch eine fühlbare Normalisierung der Verhältnisse ein. Der Kapitalmarkt besitzt eine fast unvorstellbare Flüssigkeit. Nicht wenige Banken

sind in der Lage, falls sie es wünschen, den Kundenkredit für das Ratenzahlungsgeschäft nach eigenem Ermessen zu organisieren. Die öffentlichen Investitionskredite verloren selbst im verstaatlichten Wirtschaftssektor zugunsten des Kapitalmarktes und teilweise auch der Eigenfinanzierung erheblich an Gewicht. Außerdem verlagerte sich die Planung mehr und mehr von der Grundindustrie und den Großbetrieben auf die verarbeitenden Industrien und auch auf den Handel, dessen Reorganisation und Konzentration für Frankreich lebenswichtig ist, da er eine empfindliche preisliche Belastungsquelle darstellt.

Es ist natürlich wesentlich einfacher, in Anwendung der liberalen, konzertierten Planungsmethoden Großbetriebe zu einer koordinierten Produktions- und Investitionspolitik zu veranlassen als eine nicht unbedeutende Zahl von Klein- und Mittelbetrieben. Die für die Landwirtschaft erfolgreich erprobte Methode der technischen Popularisierung und der Produktivitätssteigerung läßt sich nicht verallgemeinern, da sie eng verbunden ist mit Zuschüssen, Subventionen, Absatzgarantien usw. Die Regierung fühlte sich andererseits hauptsächlich aus innenpolitischen Erwägungen heraus verpflichtet, den Plan mit der Sozialpolitik zu verketten, die Gewerkschaften an seiner Ausarbeitung und Verwirklichung stärker zu beteiligen, die Karte der Expansion als sozialen Faktor zu spielen, d. h. den Arbeitern ihre eigene materielle Abhängigkeit von dem Schicksal der Wirtschaft verständlich zu machen. Hierzu muß der Plan begreiflicherweise eine gewisse politische Überzeugungskraft besitzen und ein Werkzeug in den Händen der Regierung sein, d. h. mehr als nur eine konzertierte, gemeinsame Willenserklärung von Staat und Wirtschaft.

So entstand in verschiedenen Kreisen die Tendenz, dem französischen Wirtschaftsplan wenigstens teilweise einen obligatorischen Charakter zu geben, im Notfalle die einzelnen Betriebe zu zwingen, sich seinen Zielen zu unterwerfen. Einen ersten Vorstoß in dieser Richtung unternahm General de Gaulle in einer Rundfunkansprache, aus deren Text im letzten Augenblick die zu Rate gezogenen Sachverständigen das Wort „obligatorisch“ entfernen lassen konnten. Anschließend erlaubte sich der Premierminister verschiedene Anspielungen gleicher Art, ohne in der Wirtschaft oder im Planungsamt ein bemerkenswertes Echo zu finden.

Niemand scheint bisher überlegt zu haben, wie man Klein- und Mittelbetriebe zur Erfüllung von Planungszielen zwingen kann, ohne die ganze Wirtschaft einem mit der Demokratie kaum zu vereinbarenden Dirigismus kommunistischer Art zu unterwerfen. Die Regierung begnügte sich daher damit, die Frage vorläufig offen zu lassen, d. h. sie behält sich das Recht vor, einzugreifen, sobald in der einen oder anderen Form die Planungsziele allzu stark vernachlässigt werden. Welche Formen dieser Eingriff annehmen soll, steht vorläufig noch nicht fest. Wahrscheinlich wird sich hierbei im Ernstfalle die Regierung stärker auf ihr moralisches als auf ihr juristisches Gewicht verlassen, eher versuchen, die Industriellen zu überreden,

als sie durch Gesetze in die gewünschten Investitions- oder Produktionsbahnen zu lenken. Frankreich ist sich der Zweckmäßigkeit seiner liberalen Planung zu sicher und ist auch auf deren Erfolg zu stolz, um sich in absehbarer Zeit eine Verirrung in ein obligatorisches sowie antiliberales System zu leisten.

Verpflichtung des Unternehmers zur kollektiven Nützlichkeit

Dagegen liegt eine Verschärfung der sozialen und kollektiven Verpflichtungen gewissermaßen in der Luft. Maßgebende Wirtschaftssachverständige, die zu den Erfindern oder, besser gesagt, zu den Handwerkern der konzertierten Wirtschaft gehören, z. B. der ehemalige Euratom-Präsident und langjährige Generaldirektor der Staatsbahn, Louis Armand, und der Generaldirektor eines großen staatlichen Finanzierungsinstituts, Bloch-Lainé, treten neuerdings mit entsprechenden Ideen an die Öffentlichkeit.

Ihr Grundgedanke ist, daß die Selbständigkeit des Unternehmers mit seiner Entscheidungsfreiheit innerhalb des Betriebes nur dann berechtigt ist, wenn er seine wirtschaftliche und soziale Funktion voll erfüllt, d. h. wenn er nicht nur für die Vollbeschäftigung in der Expansion Sorge trägt, sondern auch produktiv seinen Beitrag zum kollektiven Wohlstand leistet. So erklärte Bloch-Lainé unlängst vor einem Kreis junger Unternehmer — angeblich ohne größeren Widerstand auszulösen —, der Augenblick wäre gekommen, an dem es unvermeidlich und sogar selbstverständlich wäre, gegen objektiv unfähige Unternehmer, die ihren Betrieb nicht genügend modernisieren und nicht, falls erforderlich, auf die Erzeugung benötigter Waren umstellen, ein gesetzliches Enteignungsverfahren durchzuführen. Die rationelle Ausnützung der nationalen Produktionskapazität, die kollektive Wertschöpfung, wäre wichtiger als die absolute Wahrung des Eigentumsrechts.

Louis Armand legte seinerseits in einem vor kurzem veröffentlichten Buch über die Zukunft der französischen Wirtschaft dar, daß der Gewinn als solcher nicht automatisch eine Berechtigung für die ausgeübte Wirtschaftstätigkeit sei. Ein Betrieb wäre nicht deswegen gesund und vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus lebensberechtigt, weil er einen angemessenen oder gar hohen Gewinn abwerfe. Entscheidend sei allein die soziale und kollektive Nützlichkeit des Unternehmens, dessen Gewinn gegebenenfalls eine Belastung der Gemeinschaft darzustellen vermöge. Armand dachte vor allem an die Gewinnspannen des Handels und an die häufig unnötige Einschaltung des Zwischenhandels, aber vielleicht auch an Industriebetriebe, die aus den verschiedensten Gründen zu ihren Gunsten einen ihm übertrieben erscheinenden Anteil des Sozialproduktes individualistisch abschöpfen. Selbstverständlich will Armand diese Erwägungen nicht in ein straffes Schema zwingen. Es ist gewiß nicht seine Absicht, gewinnbringende Betriebe gewissermaßen als asoziale Erscheinungen auszumerzen. Es geht ihm um die allgemeine Wirtschaftspolitik, die seiner Überzeugung nach auch auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse abgestellt werden soll.

Eine nationale Lohnpolitik

Weitere wirtschaftspolitische Diskussionen, die sich übrigens nicht mehr auf Frankreich beschränken, betreffen die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer sogenannten nationalen Lohnpolitik. Die Stabilität der Preise und das Wirtschaftsgleichgewicht werden dadurch gestützt, daß die modernen, konzentrierten und mit steigender Produktivität arbeitenden Betriebe in der Lage sind, ihren Belegschaften überdurchschnittliche Lohnsteigerungen zuzugestehen und hiermit auf die anderen Branchen ansteckend wirken, d. h. eine gleichartige, allgemeine Lohnbewegung auslösen. Will man die Stabilität bewahren, vermögen dieser Spitzengruppe die Verwaltung, der Dienstleistungssektor im eigentlichen Sinne und auch die durch die technische Entwicklung weniger begünstigten Industriezweige nicht zu folgen. Man hat dann lediglich die Wahl zwischen inflationistischen Lohnsteigerungen und einer sich ausbreitenden sowie zu sozialen Explosionen führenden Unzufriedenheit.

Es wäre natürlich denkbar, durch die freie Konkurrenz einen Ausgleich zu schaffen, indem man auf die Preise der leistungsfähigen Betriebe drückt, so daß sie aus Rücksicht auf den Absatz ihrer Erzeugnisse eine gemäßigte Lohnpolitik betreiben müssen. Diesen liberalen Hoffnungen sind jedoch verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. In den für den Konkurrenzwettkampf in Frage kommenden Ländern herrschen ungefähr gleichartige Verhältnisse. Außerdem gehen starke Konzentration und hohe Produktivität meistens Hand in Hand mit mehr oder weniger direkten und mehr oder weniger monopolistischen Marktabsprachen. Es hat so als höchst unwahrscheinlich zu gelten, daß sich die international verflochtenen Herstellerfirmen von elektrischen Kühlschränken, um nur ein Beispiel zu nennen, einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf liefern, unter dem zusätzlichen Risiko, sich Schwierigkeiten mit ihren Arbeitern zu schaffen.

Die westliche Welt und besonders die Europäische Gemeinschaft ist augenblicklich von dem möglichen Optimum der freien Konkurrenz nicht mehr weit entfernt. Man darf übrigens darauf hinweisen, daß die technisch fortschrittlichen und produktiven Industriezweige in den letzten Jahren ihre Preise relativ oder absolut senkten und einen nicht kleinen Prozentsatz ihrer Produktivitätserfolge den Verbrauchern zugute kommen ließen, ohne deswegen ihre Lohnempfänger zu benachteiligen. Nur handelt es sich hierbei um Waren, die bei der Berechnung der Lebenshaltungskosten wenig ins Gewicht fallen. Das Budget des kleinen Mannes ist weitgehend durch die Kosten der Lebensmittel, der Dienstleistungen, der Wohnung usw. bestimmt, d. h. durch Ausgabequellen, die nicht gerade von einer stürmischen Produktivitätsentwicklung begünstigt werden.

Schließlich scheitert die freie Konkurrenz an der Lage des europäischen Arbeitsmarktes. Die technisch fortschrittlichsten Unternehmen arbeiten mit teuren Maschinen, die sie schnell amortisieren müssen und deren

Kohle

...weil's
vernünftig
ist!

191

Kohle und Koks

- ... sind immer lieferbar - auch in Krisenzeiten
- ... schaffen ein gesundes, behagliches Wohnklima
- ... sind und bleiben wirtschaftlich im Preis
- ... bieten Sicherheit beim Heizen
- ... gefährden das Grundwasser nicht

Heizgeräte für Kohle und Koks

- ... haben besonders günstige Anschaffungskosten
- ... sind heute automatisch geregelt
- ... gewährleisten einen rentablen Dauerbetrieb
- ... sind störungssicher und haben eine lange Lebensdauer

RUHRKOHLE

Rentabilität einen hohen Ausnutzungsgrad voraussetzt. Diese Fabriken vermögen leichter erhöhte Löhne zu verkraften als eine Verkleinerung ihrer Produktion infolge Arbeitermangel. Der wichtigste Faktor ihrer Konkurrenzfähigkeit ist nicht das Lohnniveau, sondern der Verwertungsgrad ihrer Anlagen.

All dies veranlaßte die französischen Sachverständigen und auch den neuen Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing zu dem Schluß, daß sich eine Lösung nur über eine sogenannte nationale Lohnpolitik finden läßt. Das Lohnniveau darf global nicht über einen mit der Stabilität der Wirtschaft zu vereinbarenden Satz hinausgehen. Bestimmend für diesen Satz ist der globale nationale Produktivitätszuwachs, verringert um den Anteil der Eigenfinanzierung für zusätzlich der Modernisierung und der Expansion gewidmete Investitionen. Diejenigen Betriebe, die stärkere Produktivitätsfortschritte erzielen, müßten verpflichtet sein, ihre Preise entsprechend zu senken. Der französische Minister hofft — zunächst noch reichlich theoretisch —, sein Ziel durch freiwillige Vereinbarungen zwischen der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Regierung zu erreichen, d. h. auf ein Zwangssystem verzichten zu können.

Diese Möglichkeit wird stark angezweifelt. Es ist ungeheuer schwierig, den Belegschaften moderner Betriebe im Interesse der Gemeinschaft Opfer aufzuerlegen. Hiermit wird einer der eingangs erwähnten Grundsätze der französischen Sozial- und Betriebspolitik erschüttert. Außerdem besteht keine Gewähr für eine indexmäßige Kompensation der Preissteigerungsfaktoren durch Preissenkungen. Im Dienstleistungssektor wird die durchschnittliche nationale Produktivitätszuwachsrate bei weitem nicht erreicht. Die durchschnittliche nationale Lohnerhöhung führt daher dort zwangsläufig zu einer Teuerung. Hierzu kommt das allgemein als berechtigt anerkannte Bestreben der Landwirtschaft, den Anschluß an die nationale Einkommensentwicklung wiederzufinden und den in den letzten Jahrzehnten sogar eingetretenen Rückstand teilweise aufzuholen. Schließlich kann darauf hingewiesen werden, daß eine nationale Lohnpolitik wohl einen einigermaßen ausgeglichenen Arbeitsmarkt voraussetzt, so daß die Betriebe nicht vor dem Dilemma stehen, entweder höhere Löhne anbieten zu müssen oder ihre Kapazität unrationell ausnützen zu können.

Nicht wenige französische Beobachter befürchten daher, daß die Regierung schließlich gezwungen wäre, zur Verwirklichung einer nationalen Lohnpolitik ein dirigistisches System aufzubauen, d. h. die Löhne zu kontrollieren, ebenso wie die Dividenden und die höheren Einkommen. Den Abschluß müßte dann zwangsläufig die Preiskontrolle bilden. Niemand denkt an eine derartige Wiederauferstehung des Dirigismus in Frankreich. Vorläufig wird der Regierung daher nichts anderes übrig bleiben, als sich mit Verhandlungen und Teilmaßnahmen zu begnügen, mit der ständigen Mahnung an alle Wirtschaftskräfte, durch ihre Lohn- und Gewinnpolitik nicht einer allen schädlichen Inflation Vorschub zu leisten.

Der Arbeitsmarkt: Schlüssel der Konjunktur

Den Schlüssel für die französische Konjunktur, sowohl für die Expansion als auch für die Stabilität, bildet der Arbeitsmarkt. Bis auf weiteres besteht keine Inflationsgefahr infolge überhöhter Nachfrage oder ungenügender Produktionskapazitäten noch seitens der Staatsfinanzen. Von seltenen Ausnahmen abgesehen läßt sich jede Nachfrage unschwer befriedigen, wenn nicht durch die eigene Produktion, dann durch die Einfuhr, der in Anbetracht der hohen Devisenvorräte keine Schranken gesetzt sind. Die Staatsfinanzen sind ausgeglichen. Der offiziell vorhandene Fehlbetrag von etwa 7 Mrd. NF erklärt sich ausschließlich durch die öffentliche Investitionstätigkeit und entspricht in nicht ganz ungefährlicher Form der Umwandlung kurzfristig verfügbarer Kapitalquellen in langfristige Anleihen der Staatskasse an die produktive Wirtschaft. Seit 1958 war der französische Staat jedenfalls nicht mehr verpflichtet, selbst eine langfristige Anleihe aufzulegen. Sein Kapitalbedarf kann ohne weiteres über Staatskassenscheine und Überschüsse der staatlichen Finanzinstitute (Sparkassen, Caisse des Dépôts et Consignations usw.) gedeckt werden.

Der schwache Punkt ist der Arbeitsmarkt, der Verknappungserscheinungen vor allem für Facharbeiter erkennen läßt und die Löhne mit Inflationsgefahr in die Höhe treibt. Für diese Lage sind verschiedene Ursachen verantwortlich. Zunächst die bevölkerungsmässige Entwicklung: Erst ab 1980 nimmt die sich auf absteigender Linie befindende arbeitsfähige Bevölkerung im Verhältnis zur inaktiven wieder zu, erst ab 1965 machen sich die stärkeren Geburtenjahrgänge der Nachkriegszeit im Berufsleben bemerkbar. Andererseits muß man beim französischen Arbeitsmarkt zwischen dem statistisch-theoretisch vorhandenen und dem tatsächlichen Angebot unterscheiden. Zwischen beiden liegt eine ungenügende Beweglichkeit der Arbeitskräfte, die davor zurückschrecken, ihren Wohnsitz zu verlassen, selbst wenn ihnen eine neue Unterkunft unter befriedigenden Bedingungen angeboten wird. Das französische Wirtschaftsgleichgewicht ist daher sehr eng mit der regionalen Wirtschaftsentwicklung verbunden, was bedeutet, daß sich die neuen Fabriken zu den Arbeitskräften begeben müssen. Nur ist dies nicht immer ohne weiteres möglich, da man gewisse Standortbedingungen nicht vernachlässigen kann.

Die stärkste Lücke besteht übrigens für Fachkräfte. Ungelernte oder schnell angelernte Arbeiter lassen sich unschwer aufreiben. Hierfür stehen drei Reservoirs zur Verfügung: die Landwirtschaft, die Frauen und die Einwanderung. Die beiden ersteren erfordern allerdings zu ihrer Auswertung meistens eine dezentralisierte industrielle Niederlassungspolitik, wenn auch mit einer gewissen Einschränkung für landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die teilweise gern, selbst auf größere Entfernung in die Städte ziehen. Bei der Einwanderung treten an die Stelle der etwas schwieriger zu mobilisierenden Italiener langsam die Spanier und die Portugiesen, die sich beide gern endgültig in Frankreich niederlassen.

Das kritischste Problem für den Arbeitsmarkt, die Löhne und die Preise sind die Facharbeiter, um deren Schulung sich zwar die verschiedensten Kreise — Regierung, Handelskammern, Industrieverbände und Fabriken — eifrigst bemühen, die jedoch notwendigerweise zunächst hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Es ist bezeichnend, daß der französische Premierminister vor einiger Zeit die Wirtschaft aufforderte, ihre Produktivitätsgewinne bevorzugt für die Berufsausbildung zu verwenden, da sie sich auf diese Weise von einem zunehmenden Lohndruck befreit. Nachdem dieses Problem inzwischen von allen Beteiligten klar erkannt wurde, dürfte es in absehbarer Zukunft auch befriedigend gelöst werden.

Frankreich befindet sich jedoch in einer schwierigen Übergangsperiode, die wahrscheinlich bis 1965 andauert und seine Expansionsrate fühlbarer beschränkt als andere Konjunkturfaktoren wie Investitionen, Kredite, Nachfrage usw. Die von dem IV. Modernisierungsplan für die Jahre 1962 bis einschließlich 1965 festgesetzte Zuwachsrate von 25% des Nationalproduktes ist demnach sowohl ein Minimum wie ein Maximum — ein Minimum für die französischen Erfordernisse zum Anschluß an die internationale Entwicklung sowie für die Produktivität und Modernisierung, die beide mit einer Expansion unweigerlich verbunden sind, ein Maximum im Hinblick auf den Arbeitsmarkt.

Allgemeine Konjunkturlage

Inzwischen darf die französische Wirtschaft mit der gegebenen Konjunkturlage zufrieden sein. Die Expansion entspricht den Planungszahlen. Im letzten Vierteljahr 1961 wurde gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres eine Zuwachsrate von über 6% verwirklicht. In den letzten Monaten war die konjunkturelle Verlangsamung in Frankreich geringer als in den meisten anderen Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes. Zahlreiche Anzeichen sprechen für die Beibehaltung dieser Tendenz.

Überraschenderweise hatte die politische Unsicherheit keinen bemerkenswerten Einfluß auf die Investitionstätigkeit. Normalerweise sollte der Friede in Algerien mit einer wirtschaftlichen Belebung verbunden sein. Es werden sich dann vor allem an der Börse leichter Neuemissionen in Form von Aktien oder Obligationen zugunsten der Wirtschaft unterbringen lassen. Auch der Arbeitsmarkt könnte entlastet werden, einerseits durch die Verkürzung der Militärdienstzeit in Frankreich, andererseits durch eine gewisse Rückwanderung aus Algerien und schließlich, im Falle einer vernünftigen französisch-algerischen Assoziierung, durch eine neue Auswanderungswelle algerischer Arbeitsloser nach Frankreich.

Die Nachfrage zieht Nutzen aus einer unbestreitbar steigenden Kaufkraft. Es gibt in Frankreich erhebliche Bedarfsreserven, nicht nur im Wohnungssektor, vom Bau bis zu den Einrichtungsgegenständen, sondern auch für Textilien und andere Waren. Das individuelle Sparkapital nahm in letzter Zeit nicht unerheblich zu. Entsteht ein wirtschaftliches und politisches Vertrau-

ensklime, ist seine Mobilisierung zugunsten des Verbrauchs keineswegs ausgeschlossen. Dies bedeutet, daß die Konjunktur in Frankreich jederzeit einen ziemlich überraschenden und unvorhersehbaren Auftrieb zu erleben vermag.

Ein nicht zu unterschätzender Konjunkturfaktor ist der Außenhandel, der 1961 mit einer zum ersten Male seit 1927 wieder aktiven Handelsbilanz (plus 3%) einen Rekordstand erreichte. Die bereits vorliegenden Aufträge lassen eine günstige Exportentwicklung zumindest bis Ende des Jahres erwarten. Langfristige Prognosen sind natürlich schwer möglich. Zum ersten Male wurde übrigens die französische Konjunktur exportabhängig. Ihre Verflechtung mit dem Gemeinsamen Markt läßt sich nicht mehr übersehen. Trotz einer gewissen Unruhe auf dem Goldmarkt bei steigenden Kursen brachte die politische Unsicherheit der letzten Monate keine Verschlechterung der französischen Zahlungsbilanz. Nach Beseitigung der kurzfristigen Auslandsschulden und nach vorzeitigem Abbau der mittelfristigen Schuld überstiegen im Februar 1962 die Gold- und Devisenreserven Frankreichs einen Betrag von 3 Mrd. Dollar. Zum ersten Male mußte sich Ende Februar die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit den Devisenüberschüssen Frankreichs befassen, nachdem während vieler Jahre das Land auf der anderen Seite der Barrikade den internationalen Wirtschaftsorganisationen Sorge bereitetete.

Wichtig für die internationale Konkurrenzfähigkeit Frankreichs ist schließlich der neuerdings beschleunigt durchgeführte Konzentrationsprozeß, nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel. Ganz allgemein wird die Priorität der Rationalisierung und der Produktivität anerkannt. Nicht wenige Besitzer von Familienbetrieben sind bereit, ihr ihre persönlichen Wünsche unterzuordnen und Fusionen durchzuführen. Einige Fachverbände geben sich große Mühe, Konzentrationen zustande zu bringen, teilweise sogar mit finanzieller Unterstützung durch Gesellschaften, die von den Verbänden für diesen Zweck gegründet wurden. Ein interessantes, dem Handelsbereich entnommenes Beispiel beleuchtet die psychologischen Verhältnisse: Der Generalagent einer der größten französischen Brauereien wurde von dieser Firma ermächtigt, gleichzeitig eine belgische und eine deutsche Biermarke zu vertreiben. Dasselbe Unternehmen sicherte sich den Vertrieb einer Weinfirma und wird in Kürze auch Mineralwasser in sein Programm aufnehmen. Der Großhandel mit Konsumweinen befindet sich bereits in wenigen Händen. Alle kleineren Marken haben nur noch die Wahl zwischen dem Zusammenschluß und der Verdrängung.

Frankreich strebt auf sämtlichen Gebieten nach internationalen oder zumindest nach europäischen Größenordnungen. Hierin liegt zweifellos die beste Gewähr für eine dauerhafte internationale Konkurrenzfähigkeit, natürlich unter der Voraussetzung, daß es den verantwortlichen Stellen gleichzeitig gelingt, ein Höchstmaß der Expansion mit einem Mindestmaß der Stabilität zu vereinbaren.